

Beschäftigung und Einkommen

Arbeitslosigkeit:

- freiwillige ...
- strukturelle ...
- makrostrukturelle ... (Misserfolg)
- technologische ...
- funktionelle ...
- saisonale ...
- konjunkturelle ...
- demographische ...
- institutionelle ...

Lohnpolitik → Arbeiter - Gehälter

Arbeitgeberverbände

Lohn = Kosten

→ Ziel: höhere Lohnquote nur bei höherer Produktivität

→ **defensive**, angriffsorientierte Lohnpolitik

- Produktivität ist nur Durchschnitt
→ manche Betriebe werden benachteiligt
- Weitere Arbeitskosten werden nicht berücksichtigt
(z.B. Lohnnebenkosten, Rohstoffe, Arbeitszeiten)
- kein Anschluss von nachfrageinduzierten Preiserhöhungen
(Konsumquote der Lohnempfänger müsste gleich bleiben)

Gewerkschaften

Lohn = Einkommensbestandteil

→ Ziel: höhere Lohnquote

→ **offensive**, nachfrageorientierte Lohnpolitik

- Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale
- Hohe Lohnquote ruft bei Gütermangel (wie DDR)
- Lohnquote ist Durchschnitt → keine Aussage über Einkommensunterschiede

Tarifbehandlungen:

Streikmöglichkeit: Arbeitnehmer arbeiten nicht mehr → Finanzierung durch Gewerkschaft

Gegarmaßnahme: Arbeitgeber könnte Mitarbeiter anwerben, die nicht streiken

⇒ Bei Einigung: neuer Tarifvertrag

Lohn-Gehalts-Tarifvertrag

→ alle 1-2 Jahre

→ Lohn und Gehalt

Markt-Tarifvertrag

→ größere Zeitabstände

→ z.B. Urlaubstage, Arbeitszeiten, etc.

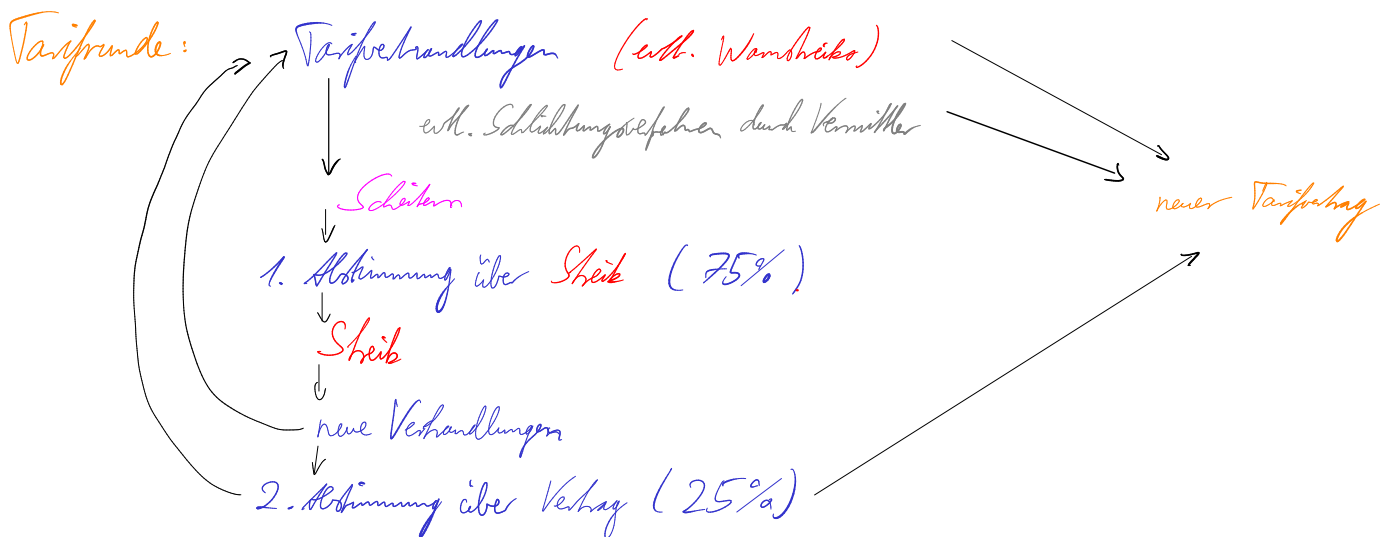
	Gewerkschaften	Arbeitsgeberverbände
Lohn:	= Einkommensverteilung	= Kostenfaktor
Ziel:	Lohnquote steigern → gerechte Einkommensverteilung + Arbeitszeiterleichterungen, mehr Urlaub, etc.	Lohnerhöhung $\hat{=}$ Produktivitätszuwachs $(= \frac{BIP}{\text{Arz. Arbeiter}})$ → Leistungsquote soll konstant bleiben! → Preisniveauserhöhungen sollten kostenneutral bleiben (Prod. steigt meist durch Maschinen, die auch mehr Geld kosten)
Lohnpolitik	offensiv / nachfrageorientiert	defensiv / angebotsorientiert

- Kritik:
- | | |
|---|---|
| 1. Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale | 1. Produktivität ist Durchschnitt (für Betriebe mit niedriger Prod. steigen Kosten und Preise) |
| 2. Hoher Lohn ruft bei mangel an Gütern | 2. fehlende Berücksichtigung weiterer Arbeitskosten (Rohstoffe, Abzugskosten, Nebenkosten) |
| 3. Lohnquote ist Durchschnitt → evtl. Einkommensunterschied | 3. Kein funktionales nachfrageorientiertes Preiserhöhungen (Konsumgüter steigen gleich bleiben) |

Tarifpolitik:

→ außenpolitisch (außen: staatliche Stellen; Unter-/Obergrenzen aus sozialpolitischen Gründen; Wettbewerbsfähigkeit)

- Arten der Tarifverträge:
- Mantelverträge: - alle allgemeinen Arbeitsbedingungen (z.B. Urlaub, Überstunden, Zeiten, usw.)
- bestimmt Lohn/Gehalts-/Entgeltgruppen, wo ein Beschäftigter rein kommt
 - Vergütungstarifverträge: - regeln die Höhe des Entgelts
- unterscheiden Lohn (Arbeiter) und Gehalt (Angestellte) + Azubis
 - Änderungs- und Parallelverträge: → alles andere



Finanzpolitik:

→ Wirtschaft mit stat. Einnahmen und Ausgaben beeinflussen

Staatshaushalt:

- niedrige Staatsausgaben / Staatsquote $(= \frac{\text{Staatsausgaben}}{\text{BIP}})$
- „Neutralitätspostulat“ → v.a. Steuerpolitik darf Wirtschaft nicht verzerren
- Saybes Theorem (radikal): „Jeder A schafft sich seine N“

⇒ Ideal ist: ausgeglichter Haushalt → „Schwanz“ ± 0

⇒ Realität ist: Parallelpolitik → hohe Ausgaben im Boom → niedrige Ausgaben im Tief

Keynes: Antizyklische Haushaltspolitik: (in Weltwirtschaftskrise kann sich Wirtschaft nicht selbst helfen)

→ Defizit spending: $C_{st} \uparrow$ (kredit/ rücklagenfinanziert) → Tief/ Depression

→ surplus spending: $C_{st} \downarrow$ → Boom/ Hoch

Grenzen der stat. Finanzpolitik:

1. Time-lag: „recognition-lag“; „action-lag“; „efficiency-lag“
→ führen zu prozyklischer Wirkung
z.B. lang Gesetzgebung
2. Dosierung
3. Problem der Wahl und Kombination der Maßnahmen
4. Koordination in der vertikalen Gewaltenteilung
5. politische Hemmnisse
6. prozyklisches Verhalten der „anderen“
7. Staatsverschuldungsproblematik (Laffer-Theorem)

Staatsverschuldung:
→ Schöpfungskredite von der Bundesbank (→ durch Kreditmarkt verladen)
→ Übertragungskredite aus privater Wirtschaft

↳ Probleme:

- Einengung des finanzpolitischen Spielraums
- Schuldenfalle
- Crowding-out-Effekt → Verdrängung privater Investoren
- ungerechte Einkommens- / Ausgabenverteilung
- Gefahr der Preissteigerung, da $C_{st} \uparrow$
- schlechtes Ansehen im Ausland → hohe Zinsen
- Belastung nachfolgender Generationen